



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Wilhelm I. und Bismarcks Stellung zur Reichsgründung

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Wilhelms I. und Bismarcks Stellung zur Reichsgründung

**R**evisionen des geschichtlichen Urteils sind von Zeit zu Zeit unvermeidlich. Nicht nur neuerschlossene Kenntnis der Quellen zwingt dazu, sondern auch die Veränderung der geschichtlichen Auffassung verschiedener Generationen. Die deutsche Kaiserpolitik des Mittelalters, die einer enttäuschten und verbitterten Zeit als eine verhängnisvolle und verderbliche Verirrung galt, erscheint uns jetzt, nachdem wir Kaiser und Reich wieder haben, als eine natürliche, großartige Weltpolitik, als die sie auch früher schon angesehen worden war. Die Politik der Hohenzollern, die seit F. G. Droysen allzusehr als eine bewußt auf ein deutsches Ziel gerichtete aufgefaßt worden war, betrachten wir jetzt unbefangener als ein Ergebnis der gefährdeten Lage des Staats und der klugen Energie bedeutender Monarchen für brandenburgisch-preußische Zwecke, nur daß diese Zwecke mit deutsch-nationalen Interessen zusammenfielen und ihnen deshalb dienten, denn die tatsächlichen Leistungen Preußens für die Größe und die Einheit der Nation brauchen heute nicht mehr historisch bewiesen zu werden. Auch die vielgescholtne Politik der Mittelstaaten erscheint uns heute in einem mildern Lichte; seitdem sie sich dem Reich eingefügt haben und ihm ehrlich dienen, können wir sie rein geschichtlich als die Folge besondrer Verhältnisse und Interessen begreifen. Nur darf freilich das Bestreben, verkannte oder falsch beurteilte Richtungen der Vergangenheit gerechter zu beurteilen, nicht zu vorschnellen Kombinationen verführen. Wenn sich z. B. Max Lehmann zu beweisen bemüht, daß Friedrich der Große 1756 die Erwerbung Sachsens beabsichtigt habe, wie Österreich die Wiedererwerbung Schlesiens, daß also zwei (politische) Offensiven aufeinander gestoßen seien, so hat diese den bisherigen Ergebnissen moderner archivalischer Forschung schroff widersprechende Meinung in der wiederholten Revision der Frage keine Bestätigung gefunden.

Ob ein Versuch, das Urteil über das Verhältnis Wilhelms I. und Bismarcks zur Reichsgründung wesentlich umzugestalten, die Bedeutung des Monarchen mehr zur Geltung zu bringen, wie ihn soeben Ottokar Lorenz in einem umfangreichen Werke unternommen hat,<sup>\*)</sup> besser gelungen ist, das ist

<sup>\*)</sup> Kaiser Wilhelm und die Begründung des Reichs 1866 bis 1871 nach Schriften und Grenzboten IV 1902

eine Frage, die nur ein unbefangenes, von Gunst und Haß unbeirrtes Urteil entscheiden kann. Von vornherein wird zugegeben werden müssen, daß für die allgemeine Auffassung Bismarcks überragende Größe die Persönlichkeit des Königs und Kaisers, also auch seinen persönlichen Anteil an den großen Entscheidungen oft zu sehr überschattet hat. So hat soeben Friedrich Thimme im jüngsten (3.) Heft der Historischen Zeitschrift (N. F. Bd. 53: Wilhelm I., Bismarck und der Ursprung des Annexionsgedankens 1866) nachgewiesen, daß der Gedanke an umfassende Annexionen auf den König zurückgeht, daß dieser hier also „wenn nicht vor Bismarck, so doch neben ihm, gewißlich nicht hinter ihm genannt werden“ muß. Bei Lorenz aber kommt eine Gruppe von mitwirkenden Zeitgenossen zu Worte, die in den schweren Kämpfen um die Reichsgründung ihren selbständigen, mit Bismarcks Politik nicht immer übereinstimmenden, zuweilen im einzelnen ihr zuwiderlaufenden Weg gegangen ist, wenn sie auch daselbe Ziel im Auge hatte. Es sind das die Freunde und Gefinnungsgenossen des unglücklichen Kronprinzen Friedrich: sein Schwager, der Großherzog Friedrich von Baden, Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar, der Bruder der Kaiserin Augusta, in der Bismarck seine gefährlichste Gegnerin sah, der Herzog Ernst von Koburg-Gotha, der Schwager des Großherzogs von Baden und andre mehr, die bekanntlich auch in der innern Politik eine liberale, populäre Richtung verfolgten. Diese fürstlichen Herren haben dem Historiker ihre Erinnerungen, Aufzeichnungen und Akten zur Verfügung gestellt, also gewiß einen hochinteressanten, wertvollen Stoff. Nur freilich ist das noch gar keine Gewähr für ein unbefangenes Urteil, denn die Herren selbst waren doch auch Partei, und obwohl Lorenz im Vorwort versichert, seine eigne „Stellungnahme“ sei in jeder Beziehung unabhängig, so ist sein Buch eben doch ein Nachhall jenes alten Gegensatzes geworden, voll verhüllter oder offener Kritik an Bismarck und voll Opposition gegen Sybels grundlegendes Werk. Aber mit diesem selbst hält es keinen Vergleich aus. Schwerfällig und weitschweifig geschrieben, nicht einmal immer korrekt stilisiert, giebt es fast nirgends lebendige Bilder der Ereignisse oder der Persönlichkeiten, nirgends eine zusammenfassende Übersicht über die Weltlage, die Bismarck bei jeder Wendung aufs sorgfältigste berücksichtigte. Lorenz versteht überhaupt nicht eigentlich zu erzählen, er reflektiert und räsontiert fortwährend, setzt vieles als „bekannt“ voraus, bleibt also oft unvollständig und sieht mit einer geradezu unerträglichen Prätension auf die ganze bisherige Geschichtsschreibung über diese Zeit hinab, die er als „leisetretehd,“ „eitel,“ „verfälscht,“ „voreilig“ charakterisieren zu dürfen glaubt. Und doch ist die Benützung längst bekannter Quellen bei ihm höchst ungleichmäßig, also mangelhaft, und das Urteil des Verfassers, das sich dem Leser fortwährend aufdrängt, ist oft genug unbillig, oberflächlich oder geradezu falsch. So macht das Werk keinen erfreulichen Eindruck und lieft sich außerdem schwer. Man muß deshalb geradezu bedauern, daß die Bearbeitung der neuen Materialien nicht in andre Hände gelegt worden ist; es wäre besser gewesen, sie als Quellenbeiträge zu veröffentlichen, was in den

Mitteilungen beteiligter Fürsten und Staatsmänner von Dr. Ottokar Lorenz, Professor an der Universität Jena. Jena, Gustav Fischer, 1902. VI und 634 Seiten.

umfanglichen Anmerkungen doch nur mit einigen wenigen geschieht. Jedenfalls ist die Geschichte der Reichsgründung auf Grund der seit Sybel so wesentlich vermehrten Kenntniss erst noch zu schreiben; das Buch von Lorenz löst diese schöne Aufgabe nicht.

Versuchen wir nun die neuen Ergebnisse in den Hauptfachen einigermaßen zu fixieren und zu kritisieren. Im einleitenden Kapitel betont Lorenz besonders, daß Wilhelm I. schon als Prinz, schon seit 1848 als sein politisches Ziel die Einigung des außerösterreichischen Deutschlands unter preussischer Führung ins Auge gefaßt und eine Auseinandersetzung mit Österreich für unvermeidlich gehalten habe, aber von einer populären, demokratischen Initiative dazu, wie sie 1848/49 versucht worden sei, nichts habe wissen wollen. Er sei deshalb später zwar jeder Verfolgung des 1859 gegründeten Nationalvereins entgegengetreten, aber durch die Bemühungen seines linken Flügels seit 1861, die Bildung eines deutschen Milizheeres mit Hilfe der Turner- und Schützenvereine zu innern und äußern Zwecken vorzubereiten, mißtrauisch gemacht worden. Die mittelstaatlichen und die österreichischen Bundesreformpläne bis 1863 werden dann summarisch behandelt, von der Lösung der schleswig-holsteinischen Frage 1864 und dem damit eng zusammenhängenden sehr ersten Versuche Bismarcks, die ganze deutsche Politik auf ein enges Einvernehmen der beiden Großmächte zu begründen, ist kaum die Rede. Die zusammenhängende Darstellung beginnt erst mit 1866. Dabei wird nun Lorenz von der Meinung beherrscht, daß Bismarck von Anfang an Bayern viel zu weit entgegengekommen sei: mit seinem Vorschlage vom 24. März, Preußen und Bayern sollten gemeinsam die Berufung eines deutschen Parlaments beantragen, wie mit dem Bundesreformentwurf vom 10. Juni, der Bayern die militärische Leitung Süddeutschlands zudachte. Der schlechtjin deutschgesinnte Patriot wird es als ein wahres Glück bezeichnen, daß diese Pläne, die einen preussisch-bayrischen Dualismus an Stelle des preussisch-österreichischen gesetzt hätten, gescheitert sind, denn was Deutschland brauchte, war die Einheit unter Preußen, nicht ein neuer Dualismus, nicht ein „Gleichgewicht.“ Aber patriotische Bayern mögen es schwer beklagen, daß die unfähige Politik von der Pfordtens diese unwiederbringliche Gelegenheit für Bayern, bei der Neugestaltung der deutschen Dinge eine maßgebende Rolle zu spielen, aus der Hand gelassen hat. Nur lag der Fehler auf der Seite Bayerns, nicht Bismarcks. Auch bei dem Friedensschluß soll Bayern zu gut weggekommen sein, obwohl es doch dreißig Millionen Gulden Kriegskosten zahlen und nicht unbedeutliche Abtretungen machen mußte, ja anfangs sogar mit der Herausgabe der alten hohenzollernschen Fürstentümer Ansbach und Bayreuth bedroht wurde. Den schwersten Vorwurf aber macht Lorenz Bismarck daraus, daß er in Nikolsburg auf die Ausdehnung der Bundesreform über ganz Deutschland verzichtet habe, obwohl Frankreich in seiner damaligen militärischen Schwäche thatsächlich gar nicht hätte einschreiten können, und daß er damals die Bildung eines süddeutschen „Vereins“ zugelassen habe, dem der vierte Artikel des Prager Friedens sogar eine internationale unabhängige Existenz zugestand. Damit habe er Deutschland in eine „Sackgasse“ hineingeführt, aus der es nur ein ganz unvorhergesehenes Ereignis, wie der deutsch-französische

Krieg, wieder habe herausbringen können. Nun handelte es sich damals gar nicht nur um Frankreich, sondern auch um die keineswegs besonders günstige Stimmung in Rußland und England. Gegen diese ließen sich offenbar die großen norddeutschen Annexionen und die Ausdehnung der Bundesreform auf Süddeutschland zugleich nicht durchsetzen; da König Wilhelm aber auf den Annexionen bestand und das Dringendste die Aufrichtung einer straffen Bundesverfassung im Norden, d. h. in drei Vierteln des außerösterreichischen Deutschlands war, die sich mit den süddeutschen Staatsmännern und einem auch von Süddeutschland beschickten Reichstage damals ganz bestimmt nicht hätte erreichen lassen, so wich Bismarck eben einen Schritt zurück und begnügte sich mit dem Erreichbaren statt des an sich Wünschenswerten. Gegenüber den süddeutschen Staaten hatte die Bismarcksche Politik in diesen Jahren des Übergangs zweierlei zu leisten und hat das geleistet: den Abschluß und die Anerkennung des Zoll- und des Wehrbündnisses, die Bismarck mit voller Energie durchsetzte, und die Verhinderung des von Österreich betriebnen Südbundes, wobei ihm Baden durch seine standhafte Ablehnung aller derartigen Pläne die wirksamste Hilfe leistete. Ihre Seele war von der Pfordtens Nachfolger Fürst Hohenlohe, und zweimal hat er einen Anlauf genommen, im März 1867 mit einer darauf zielenden Konvention zwischen Bayern und Württemberg, die auch eine staatenbündische Vereinigung des Südens mit dem Nordbunde und einen gemeinsamen Bundesrat ins Auge faßte, aber in Karlsruhe wie in Berlin rundweg zurückgewiesen wurde, und Anfang 1868 durch ein ähnliches Projekt Heinrichs von Gagern, das kein besseres Schicksal hatte. Nicht einmal die von Bayern vorgeschlagene dauernde süddeutsche Militärkonvention kam zu stande. Jeder dieser Staaten reorganisierte nur für sich sein Heerwesen in bald schwächerer, bald stärkerer Annäherung an die norddeutsche Wehrverfassung. Daß die Stimmung nicht nur der leitenden süddeutschen Kreise während dieser Jahre immer partikularistischer wurde, weist Lorenz an einer Reihe von charakteristischen Einzelheiten, namentlich auf Grund der Berichte des badischen Gesandten in München, K. von Mohl, ausführlich nach.

Den Höhepunkt der selbständigen, souveränen „europäischen“ Politik erreichte Bayern mit dem Rücktritt des Fürsten Hohenlohe und der Berufung des Grafen Bray-Steinburg zu seinem Nachfolger im März 1870. Gewiß ist das Ganze ein höchst unerbauliches Kapitel deutscher Geschichte. Bayern fühlte sich damals eben noch ganz als Rheinbundsstaat, darin liegt die geschichtliche Erklärung seines Verhaltens; aber eine hinter 1806 zurückgehende Geschichtsbetrachtung hätte gezeigt, daß Bayern diese Scheinsouveränität nicht seiner eignen Kraft verdankte, sondern europäischen Umwälzungen und der Gunst Frankreichs, daß es vor 1806 tausend Jahre lang niemals etwas anderes gewesen war als ein Stück deutschen Reichsbodens, ein kaiserliches Lehen, daß auch die Wittelsbacher ihre Stellung kaiserlicher Belehnung verdankten, daß der Staat zu einer selbständigen „europäischen“ Politik niemals die Kraft gehabt, jeden Versuch dazu vielmehr mit schweren Leiden bezahlt hat, daß er die Rettung vor der Annexion durch Österreich lediglich dem Einschreiten Friedrichs des Großen verdankte. Hätte man sich das innerhalb der blauweißen Grenzpfähle immer gegenwärtig gehalten, statt sich diese geschichtlichen Thatsachen

durch partikularistische Fabeln und impotente Großsprecherien verdunkeln zu lassen, so wäre Bayern vor ungesundem, selbstgefälliger Sondertümelei auch nach 1866 bewahrt und für Deutschland manche bittere Erfahrung erspart geblieben. Man könnte über diese Dinge jetzt zur Tagesordnung übergehen, wenn nicht diese veralteten Auffassungen in Bayern auch heute noch eine gewisse Rolle spielten.

Gerade die schwülen Jahre 1866 bis 1870 haben nun bewiesen, daß die Politik, deren höchste Weisheit in dem Satze gipfelte: „Wir wollen hübsch für uns bleiben,“ unmöglich war. In der europäischen Politik bedeutete Bayern damals trotz seiner „europäischen Stellung“ gar nichts, und in der deutschen reichte sein Einfluß nicht über seine eignen Grenzen hinaus; niemals hat er so tief gestanden wie in diesen Jahren unbeschränkter Souveränität. Die erziehende Kraft dieser Erfahrungen auf die Masse der Süddeutschen war freilich sehr gering, wie H. von Treitschke noch in dem Aufsatze „Badens Eintritt in den Bund“ vom März 1870 konstatieren mußte (Zehn Jahre deutscher Kämpfe I<sup>3</sup>, 265 ff.); aber Bismarck hielt ein unfehlbares Mittel in der Hand, seinerzeit den Anschluß des Südens zu erzwingen: die Kündigung der im Jahre 1877 ablaufenden Zollverträge, und er würde es ohne Zweifel ebenso energisch angewandt haben, wie er 1867 die Fortdauer des Zollvereins an die Annahme der Wehrbündnisse knüpfte. Es ist also nicht wahr, daß er 1866 Deutschland in eine „Sackgasse“ geführt habe, und es ist ebensowenig wahr, daß jene Jahre „Deutschland in seiner größten Zersplitterung“ gezeigt hätten; im Gegenteil, die „Zollverträge und die Schutzbündnisse hatten dem ganzen Deutschland die stärkste Form politischer Einheit gegeben, wovon unsre Geschichte zu melden weiß“ (Treitschke a. a. D. S. 267).

Wie schwer es noch 1870 beim Ausbruch des Kriegs den bayrischen und württembergischen Staatsmännern wurde, sich zu einer nationalen Auffassung zu erheben, zeigt Lorenz ausführlich. Die Mobilisierung, die unter dem Drucke der von ihm weit unterschätzten tieferregten Volksstimmung verfügt wurde, war nach der Ansicht der Kammermehrheiten zunächst nur im Sinne einer bewaffneten Neutralität gemeint, und erst nach einigen Tagen stellten beide Könige ihre Truppen vertragsmäßig unter preussischen Oberbefehl. Immerhin, sie thaten es und hielten damit den Verträgen die Treue. Für die künftige Neugestaltung Deutschlands war damit freilich noch nichts entschieden. Noch inmitten der stürmisch aufwogenden nationalen Begeisterung verständigten sich Bray und Barmbüler in München über die gemeinschaftliche Sicherung der souveränen „europäischen“ Stellung beider Staaten, die Ludwig II. selbst noch beim Abschiede vom Kronprinzen diesem besonders ans Herz legte. Eine nähere politische Verbindung mit dem Nordbunde folgte also aus dem militärischen Anschluß noch keineswegs, geschweige denn der Eintritt in diesen Bund. Um so glänzender hebt sich von diesem Hintergrunde die wahrhaft nationale Haltung des Großherzogs von Baden ab.

Die Verwicklungen, die zum Kriege führten, werden bei Lorenz nicht aufgeheilt, sondern verdunkelt. Er fällt in die überwundenen Anschauungen Sybels zurück, erklärt mit dem überlegnen Lächeln des Spottes die große französisch-österreichisch-italienische Kriegsverschwörung für eine „Legende,“ obwohl er doch

fortwährend von der feindseligen Gesinnung der leitenden österreichischen Kreise, vielfach nach eignen Erfahrungen, berichtet, und schneidet sich dadurch selbst jede Möglichkeit ab, die auf dieser Voraussetzung beruhende Politik Bismarcks, namentlich seine energische Förderung der spanischen Thronkandidatur eines Hohenzollern zu verstehn. Daß jene Verabredungen zu keinem förmlichen Bündnis geführt haben, steht allerdings fest; aber wenn, wie 1870 geschah, schon Feldzugspläne entworfen wurden, wenn der Kaiser von Oesterreich am 14. Juni dem französischen General Lebrun seine Teilnahme am Kriege in Aussicht stellte, falls die Franzosen als „Befreier“ (von Preußen) in Süddeutschland aufträten, und wenn der bisherige französische Gesandte in Wien, der Herzog von Gramont, am 15. Mai Minister des Auswärtigen wurde (wie Fürst Kaunitz, der österreichische Botschafter in Versailles, 1753 in Wien), so waren doch das alles sehr „feuergefährliche“ Dinge. Daß man in Berlin seit 1866 mit diesen Gefahren sehr ernsthaft rechnete, das beweisen zahlreiche Äußerungen eingeweihter Persönlichkeiten: des Kronprinzen, Ruedells, Abekens, Ugedoms, Bernhardis, vor allem Bismarcks selbst, z. B. in seiner großen Reichstagsrede am 6. Februar 1888 und ausführlich in den Gedanken und Erinnerungen II, 103. Sahen alle diese Männer nur Gespenster? Aber Lorenz hat sich offenbar um diese ganze Litteratur zu wenig gekümmert. Er hätte auch manches aus den Tagebuchblättern von Moritz Busch lernen können, wenn er nicht in diesem unschätzbaren, von sehr „ernsthafte“ Historikern wie Georg Kaufmann, Max Lenz, Erich Marcks als eine der wichtigsten Quellen anerkannten Werke ein „trauriges Buch,“ das Produkt „eines untergeordneten Geistes,“ „Kammerdienerrede“ und dergleichen gesehen und ganz vergessen hätte, daß die neue Ausgabe von 1900 nur eine vervollständigte war, daß das bis 1884 in sechs starken Auflagen unter dem Titel „Graf Bismarck und seine Leute im Kriege gegen Frankreich“ verbreitete Buch von Bismarck selbst durchgesehen und gebilligt worden ist. Aber freilich, die „ernsthafte“ Geschichte will ihre Helden immer in großer Uniform und in Pose sehen; daß sie nebenher auch Menschen sind, das kommt für sie nicht in Betracht, und gerade daß Bismarck als solcher bei Busch hervortritt, wie er lebte und lebte, das macht das Buch so wertvoll für jeden, der es wagt, der ganzen Wahrheit frei ins Auge zu sehen, also vor allem für den Historiker. Wahrscheinlich sind dann, wenn jene Bündnisverhandlungen für eine „europäische Verschwörungsfabel“ und „Legende“ gehalten werden müssen, auch Moltkes Feldzugspläne, die er seit 1867 unermüdlich bearbeitete und umarbeitete, und zwar seit 1868 immer in der Voraussetzung eines Doppelkrieges gegen Frankreich und Oesterreich (siehe Moltkes militärische Korrespondenz III, 1, Nr. 12. 14. 15. 16. 18. 24), nur militärische Stilübungen gewesen, mit denen sich der Chef des Großen Generalstabs zum Zeitvertreib oder zur Übung des Scharfsinns beschäftigt hat.

Wie erklärt nun Lorenz, daß Bismarck so nachdrücklich für die spanische Thronkandidatur eingetreten ist, was doch auch er nicht leugnen kann? Aus seinem Nationalstolz, der erwachte, als die französische Diplomatie sie bekämpfte (S. 244). Das geschah aber doch nicht schon im Februar oder März 1870, sondern erst seit Anfang Juli, als die Annahme der Kandidatur eine vollendete Thatsache war! Und war es jemals Bismarcks Art, persönliche

Empfindungen zum Ausgangspunkt politischer Entschlüsse zu machen? Nein, die Kandidatur war für ihn eine der Gegenminen gegen die werdende Koalition, so gut wie die sorgfältige Pflege des engen Einvernehmens mit Rußland und die Zusammenkunft König Wilhelms mit dem Kaiser Alexander II. in Ems zu Anfang Juni 1870, bei der sich Bismarck der freundlichen Neutralität Rußlands (im Falle eines also für sehr möglich gehaltenen Krieges!) unter der Voraussetzung, daß gegen die süddeutschen Staaten kein Zwang geübt werde, versicherte. Wer freilich alle die Koalitionsverhandlungen für unverbindliche Unterredungen phantasierender Minister hält, der kann das alles nicht verstehen, und der versteht also auch Bismarcks Größe nicht.

Völlig mißlungen ist nun auch der Versuch, das Urteil über das Verhältnis Wilhelms und Bismarcks zu den entscheidenden Vorgängen am 13. Juli 1870 in Ems und Berlin zu korrigieren. Gewiß, König Wilhelm war im Rechte, wenn er, was Bismarck tadelt (Gedanken und Erinnerungen II, 84), zunächst allein, ohne diplomatischen Beirat, mit Benedetti verhandelte, denn er sah die spanische Angelegenheit ganz ehrlich als Familiensache an. Aber er hat doch sehr bald diplomatischen Beirat herbeigezogen, hat schon am 8. Juli seinen Pariser Botschafter von Werther berufen. Ebenso gewiß hat er gegenüber dem Drängen würdige Festigkeit mit hochherzigem Entgegenkommen verbunden, aber in diesem Bestreben gerade das gefördert, worin Bismarck eine schwere nationale Niederlage sah, den Verzicht des Prinzen Leopold vor dem französischen Preß- und Kammerlärm, denn dazu hat er unter der Hand zwischen dem 10. und 12. Juli in Sigmaringen geraten (S. 259 f.). Er hat dann am 13. Juli, selbst schwer gereizt, die neuen Forderungen Benedettis mit ruhiger Festigkeit abgelehnt, aber den Gesandten nun doch an weitere Verhandlungen zwischen den Ministerien verwiesen, also ihn nicht schlechtweg abgewiesen. Diese Verschleppung, die nur den französischen Rüstungen und Koalitionsverhandlungen zu gute gekommen wäre, hat erst Bismarck mit seiner Redaktion der Emser Depesche verhindert, er hat dadurch mit vollem Bewußtsein im rechten Augenblick den Bruch herbeigeführt, er allein! Das wußte Treitschke schon zu Anfang August 1870 (a. a. O. I, 315). Wenn trotzdem Lorenz (S. 253) behauptet, „daß der König persönlich der handelnde Meister und Herr aller folgenden Entscheidungen war,“ so ist gerade das die volkstümliche „Legende“ von 1870, und sie wird schon dadurch widerlegt, daß Wilhelm, als er am Morgen des 14. Juli die Depesche Bismarcks erhielt, betroffen sagte: „Das ist der Krieg!“ (E. Marcks, Kaiser Wilhelm I., 4. Auflage S. 315). Er hat also seine eigene Ablehnung der französischen Forderungen keineswegs als die Veranlassung zum Bruch aufgefaßt. In der klassischen Darstellung aber, die Bismarck selbst von dem großartigsten Augenblick seines Lebens in den Gedanken und Erinnerungen (II, 87 ff.) giebt, aber auch schon viel früher mit leichten Versionen gegeben hat, was Lorenz beiläufig auch aus dem verachteten Busch hätte lernen können, sieht dieser „ernsthafte“ Geschichtschreiber nur eine „charakteristische, feine und heitere Darstellung,“ die „der große Kanzler“ auch „in einem heitern Sinne“ erzählt habe, und er spöttelt von der Höhe seiner Kenntnis herab über die Leute, die noch glauben, „daß durch Auslassung von einem Duzend Worte eine der größten Katastrophen verursacht worden sei.“ (S. 265.)

Von der Schwere dieser weltgeschichtlichen Stunde empfindet er nichts! Man traut seinen Augen nicht, wenn man diese unglaublichen Sätze liest. Und welche Vorstellung hat Lorenz von Bismarcks Geschäftsführung, wenn er breitspurig die Frage erörtert (S. 266 f.), ob er sich damals in Barzin vollständig von den Geschäften zurückgezogen habe, „wie er sonst zu thun pflegte.“ Bismarck in den Ferien, wie ein junger Referendar „in vollständiger Zurückgezogenheit von den Geschäften,“ „abgesperrt von seinem Amte,“ „unauffindbar“ (S. 251), in der That ein „heiteres“ Bild!

In den nächstfolgenden Kapiteln treten die Verhandlungen, die zum Anschluß der süddeutschen Staaten an den Norddeutschen Bund und zur Wiederaufrichtung des Kaisertums führten, vielfach in ein schärferes Licht, namentlich auch der höchst bedeutende Anteil des unermüdlich anregenden und vermittelnden Großherzogs von Baden. Von ihm ging die Denkschrift über die Einigung zwischen den süddeutschen Staaten und dem Nordbunde aus, die sein Minister Tolly schon am 2. September den preußischen Vertretern in Berlin und Karlsruhe überreichen ließ, von ihm der Antrag auf einfachen Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund am 2. Oktober, der auch das widerstrebende Bayern vorwärts drängte; er war es, der die bayrischen Pläne auf Umtausch der badischen Pfalz gegen den Elsaß stolz zurückwies und für die Verwandlung dieses eroberten Gebiets in eine preußische Provinz oder in ein „Reichsland“ eintrat. Graf Bray wollte von dem Eintritt Bayerns eigentlich nichts wissen; er hätte im Einvernehmen mit Beust, der es wieder einmal für angebracht hielt, in Berlin auf den vierten Artikel des Prager Friedens hinzuweisen, am liebsten Österreich irgendwie mit herbeigezogen und gebärdete sich noch in Versailles so, als ob Bayern mit seinem Eintritt ins Reich diesem eine große Konzession mache. Erst als Bismarck endlich am 15. November mit Baden und Hessen allein abschloß und der Abschluß mit Württemberg nahe bevorstand, bequeme sich Bray am 23. November zur Unterzeichnung und nannte dann diesen Vertrag trotz aller Zugeständnisse Bismarcks „das Ende Alt-Bayerns“ (S. 365). Wie man damals in Norddeutschland dachte, ist noch in lebhafter Erinnerung. Auch die in Versailles versammelten deutschen Fürsten beklagten diese weitgehenden Zugeständnisse, und der Kronprinz hatte darüber am 16. November eine so heftige Aussprache mit Bismarck, daß dieser den Großherzog von Baden um seine Vermittlung ersuchte. Ihm gegenüber betonte der Kanzler die europäische Lage, die ihm damals, wo sich der Krieg endlos in die Länge zog und die Entscheidungen vor Paris und Orleans erst bevorstanden, schwere Sorgen einflößten, und die Drohung Bayerns, sich, wenn die verlangten Konzessionen verweigert würden, an Österreich anzuschließen und seine Truppen abzurufen, während es andernfalls das Kaisertum zugestehe (S. 367 ff.), sodaß der Großherzog sich zur Vermittlung verstand. Wie unter diesen Umständen Lorenz gegen Bismarck seine üblichen Vorwürfe wegen zu großer Nachgiebigkeit gegen Bayern erheben kann, ist unverständlich. Alle Einwände, die er voraussah, hat der Kanzler noch am Abend des 23. November in vertrautem Kreise widerlegt, als er tiefbewegt eintrat mit den Worten: „Die deutsche Einheit ist gemacht, und der Kaiser auch.“ Auch das hätte Lorenz bei Busch schon in der ursprünglichen Fassung des Buchs

(II<sup>o</sup>, 257, vergl. Tagebuchblätter I, 427 ff.) lesen können. Auch der norddeutsche Bundesrat und der Reichstag machten große Schwierigkeiten; in jenem nahmen vierzehn Staaten unter der Führung Sachsen-Weimars die Verträge nur unter dem Ausdruck des Bedauerns über die Zugeständnisse an Bayern an (385 f.). Aber es bleibt doch bei dem Urteil Treitschkes (vom 7. Dezember, die Verträge mit den Südstaaten, Deutsche Kämpfe I<sup>3</sup>, 403): „Das (süddeutsche) Volk bezweifelt gar nicht mehr, daß die deutsche Einheit jetzt gegründet werden müsse. Was soll denn werden im Süden, wenn auch jetzt die Einigung nicht zustande kommt? Eine heillose Verwirrung, deren Ende niemand abzusehen vermag.“ Die nationale Pflicht gegen den Süden war es also, die dem Norden die Annahme dieser Verträge gebot, und was auch immer die bayrischen Diplomaten, noch ganz befangen in den unseligen rheinbündischen Traditionen, damals an der deutschen Einheit gesündigt haben mögen, wenn auch König Ludwig II., wie Bismarck einmal sagte, sein einziger mächtiger Freund in Bayern war, das bayrische Volk und die bayrischen Truppen haben das alles gut gemacht, und die Gefahr eines neuen, eines preußisch-bayrischen Dualismus ist damals endgiltig beseitigt worden.

Die bayrischen Schwierigkeiten sind es auch gewesen, die in dem König Wilhelm die Abneigung hervorriefen, den Kaisertitel anzunehmen; dieses Kaisertum erschien ihm als zu machtlos und leer. Die Kaiserwürde selbst wies er an sich nicht zurück, er bestand vielmehr auf dem Titel „Kaiser von Deutschland,“ und mit ihm waren alle in Versailles anwesenden Fürsten für diese Form. Den Kaisertitel, den wenige kleine Fürsten (Weimar, Koburg, Meiningen, Oldenburg) schon im Jahre 1866 vorgeschlagen hatten, brachte 1870 amtlich zuerst die badische Denkschrift vom 2. September in Anregung. Daß ebenso der Kronprinz damals eifrig dafür eintrat (und zugleich die Verwandlung des Bundesrats in ein fürstliches Oberhaus vorschlug), nimmt auch Lorenz an gegenüber den abweichenden Angaben Bismarcks in den Gedanken und Erinnerungen (II, 116) und in einem Gespräch mit ihm selbst am 14. Oktober 1889, dessen Inhalt ihm der Fürst noch am 24. Oktober 1896 bestätigte, (S. 616 f.). Diese längst sichere Entscheidung wäre ihm erleichtert worden, wenn er beachtet hätte, daß Bismarck in einem Gespräch mit Busch am 26. September 1888 selbst die Idee des Kronprinzen von dem Deutschen König statt des Deutschen Kaisers ganz richtig auf das Jahr 1866 verlegt hat (Tagebuchblätter III, 245), und wenn er sich vergegenwärtigt hätte, daß die letzten Redaktionen solcher Erzählungen nicht immer die sichersten sind.

Er hätte weiter aus Busch seinen Irrtum berichtigen können, daß der Kronprinz und Bismarck erst am 24. August hätten zusammentreffen können (S. 408, vergl. über diese Zusammenkunft auch Busch I, 106 f. aus Ligny); denn der Kronprinz besuchte den Kanzler schon am 20. August in Pont-à-Mousson von Nancy aus (Tagebuchblätter I, 91, vergl. G. Freytag, Der Kronprinz und die deutsche Kaiserkrone 29 f.), und er würde bei diesem selben Busch (III, 245) die deutsche Kaiserkrone 29 f.), und er würde bei diesem selben Busch (III, 245) dieselbe Erzählung, die er mit so großer Wichtigkeit behandelt, schon aus dem vorhergehenden Jahre (1888) mit der Zeitangabe „vor oder gleich nach Sedan, bei Beaumont oder bei Donchéry“ und der Ortsbestimmung: „in einer langen Alee, wo wir nebeneinander herritten“ („auf einer Wiese“ bei Lorenz) gefunden

haben. \*) Oder hat Busch vielleicht auch diese aus dem damals noch gar nicht vorhandenen Manuskript der Gedanken und Erinnerungen abgeschrieben?

Über den weiteren Verlauf der Angelegenheit werden dann manche neue Einzelheiten mitgeteilt, die übrigens das schon feststehende Bild nicht wesentlich ändern. Fast dramatisch gestalten sich nach dem eingehenden Bericht des Großherzogs von Baden (452 ff., vergl. Dove, Großherzog Friedrich S. 165 f.) die Schlußszenen: wie König Wilhelm noch in der letzten Beratung am 17. Januar 1871 erregt auf dem Titel „Kaiser von Deutschland“ bestand, Bismarck nach seiner Abmachung mit den bayrischen Ministern an dem „Deutschen Kaiser“ festhielt, wie dieser Widerspruch überhaupt an diesem Tage nicht geschlichtet wurde, und der König noch am Morgen des 18. Januar unmittelbar vor der Proklamation dem Großherzog von Baden sagen ließ, es bleibe beim „Kaiser von Deutschland“; wie dieser im letzten Augenblick noch eine Verständigung versuchte, und da sie ihm nicht gelang, sein Hoch schlechtweg auf „Kaiser Wilhelm“ ausbrachte. Warum Lorenz zum Schlusse die Erzählung Bismarcks (Gedanken und Erinnerungen II, 122), der Kaiser habe ihn nach der Proklamation „ignoriert,“ bestreitet, weil der dicht dabei stehende Herzog von Meiningen davon „nicht das mindeste bemerkt“ habe, gehört wieder zu seinen Sonderbarkeiten, denn es ist schlechterdings nicht einzusehen, warum hier das negative Zeugnis des ganz unbeteiligten Fürsten eine größere Beweiskraft haben sollte, als das positive des sehr stark beteiligten und schmerz=lich betroffenen Bismarck.

Die beiden letzten Kapitel (Versailles und der Friede, Der Abschluß der Reichsgründung und die allgemeine politische Lage) bringen wieder einzelne neue Züge in das Bild, fallen aber teilweise einigermaßen aus dem Thema heraus. Jedenfalls ist das Ergebnis des Buchs nicht das von Lorenz beabsichtigte; er hat manches neue beigebracht und einzelnes berichtigt, aber die Umwertung der politisch=historischen Werte, eine Revision des geschichtlichen Urteils zu Ungunsten Bismarcks ist ihm nicht gelungen. Der Weisheit letzter Schluß wird hier für alle Zeiten der Satz bleiben: eine kleine Gruppe großer, starker Charaktere hat in fortgesetztem Ringen miteinander das neue Reich geschaffen, und jeder hat etwas von seinem Wesen in diese Schöpfung hineingebracht, der eine mehr, der andre weniger, der Meister des Werks aber bleibt Fürst Bismarck.

\*) Nach den Angaben eines damaligen Regimentsadjutanten, der sich erinnert, diese Stelle passiert zu haben, ist es eine Straße südlich von Beaumont; das Gespräch kann also nur in den letzten Tagen vor der Schlacht bei Beaumont stattgefunden haben. Die oben erwähnten Ortsangaben widersprechen sich nur scheinbar, denn die Allee führte über eine von schmalen Gräben quer durchschnittne Wiese, und die Stäbe ritten oft, da die Straße von Kolonnen besetzt war, neben dieser auf der Wiese. Busch erwähnt in dieser Gegend „eine Chaussee mit italienischen Pappeln“ (I, 132, vergl. S. 140).

